Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 117 (2023)
Heft: 1-2

Artikel: Der Ukrainekrieg als Zäsur
Autor: Hildebrandt, Cornelia / Hui, Matthias / Seifert, Kurt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1041671

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Ukraine-krieg als Zäsur

Neue Wege-Gespräch mit Cornelia Hildebrandt
von Matthias Hui und Kurt Seifert

Russland demonstriert imperiale und autoritäre Macht. Das Imperium ist nicht zuletzt durch das Ende des fossilen Wirtschaftsmodells gefährdet. Der Krieg blockiert ökologische und soziale Veränderungen global. Und die Linke ist oft gespalten. Im Gespräch ortet Cornelia Hildebrandt Hoffnung in Erfahrungen solidarischer Gemeinschaftlichkeit.

NW Cornelia Hildebrandt, Sie haben kürzlich erklärt, der russische Angriffskrieg in der Ukraine stelle eine Zäsur dar. Um was für eine Zäsur handelt es sich in Ihren Augen?

CH Zuerst: Für diesen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gibt es keine Entschuldigung, auch wenn er natürlich eine Vorgeschichte hat. Es ist ein imperialer Angriffskrieg. Mit diesem Krieg hat im Grunde genommen eine Illusion aufgehört. Viele Linke hatten geglaubt, dass Russland nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus das Erbe der Sowjetunion in positiver Weise weiterentwickeln könnte. Russland hat sich aber über die Jahre hinweg zu einem kapitalistischen und imperialistischen Land entwickelt. Zum Zweiten: Dieser Krieg stellt auch eine Zäsur dar in Bezug auf die Umbrüche von einem fossilen Entwicklungsmodell des Kapitalismus hin zu einem postfossilen Modell. Was also geschieht, wenn sich die Wirtschaft von Kohle, Erdöl und Erdgas verabschiedet? Der Angriffskrieg Russlands ist auch als Versuch zu verstehen, die fossile Macht nicht nur zu erhalten, sondern die Entwicklungsoptionen für Russland möglichst zu erweitern. Russland will damit, im wahrsten Sinne des Wortes, den Raum frei halten oder Raum schaffen. Ausserdem hat dieser Krieg auch in gewisser Weise eine Stellvertreterfunktion: Er beschreibt einen grundlegenden Wandel in den globalen Kräfteverhältnissen. Mit der sich entwickelnden Macht Chinas – einer autoritären, auf Demokratie im westlichen Sinne verzichtende, auf die eigene Kultur bauende Nation – kommt es zu einer Reorganisation der Globalisierung. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine findet also zu einer Zeit statt, in der sich die globalen Konstellationen grundlegend verändern. Diese Entwicklung hat längst vor dem russischen Angriffskrieg eingesetzt. Sie ist nicht unmittelbar mit dem Krieg verknüpft, sondern wird jetzt sichtbarer. Insofern geht es um eine Zäsur.

NW Was hat diese neue Situation seit dem Februar 2022 bei Ihnen persönlich ausgelöst?

CH Ich war erschrocken, denn ich gehörte zu denen, die dachten, das könne gar nicht sein. Ich gehörte zu jenen, die versucht hatten, russische Politik, auch nach der Besetzung der Krim 2014, immer noch auf eine verstandesmässige Weise nachzuvollziehen. Aber dieser Angriffskrieg richtet sich aus meiner Perspektive gegen jede Rationalität. Das musste ich erst mal verarbeiten und lernen: Politik, gerade auch jene von autoritären Staaten, lässt sich nicht mehr ausschliesslich mit rationalen Kategorien verstehen. Das war schon immer so, aber hier wird es bedeutsam und sichtbar. Die aktuelle Entwicklung bringt plötzlich so viele Befürchtungen in die Welt, selbst in Richtung einer globalen Ausdehnung des Krieges. Je länger er dauert, desto stärker sehe ich auch die atomare Gefahr wachsen. Mich nicht einfach von dieser Angst vor einer Ausweitung des Kriegs leiten zu lassen, sondern auch auf Distanz zur

eigenen Angst zu gehen, ist eine Herausforderung, vor der ich immer wieder stehe.

NW Angesichts des Umbruchs in den globalen Kräfteverhältnissen und den Entwicklungen autoritärer Regimes, von denen Sie sprechen, werden die Menschen heute oft mit einer simplen Gegenüberstellung konfrontiert. Danach gehe es um die grosse Auseinandersetzung zwischen liberalen Demokratien und autoritärer Herrschaft. Was für Folgen hat es, wenn die politische Debatte mehr und mehr von einer solchen polaren Vorstellung geprägt ist?

CH Diese Polarisierung ist nicht mit einem Schlag entstanden, sondern entwickelte sich über längere Zeiträume hinweg. Was sich jetzt auf globaler Ebene zeigt, hat seine Vorgeschichte in den einzelnen Weltregionen. Für Europa begann der Aufstieg der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien bereits in den Jahren 2002 bis 2006 in den Niederlanden. In dieser Periode haben sich auch in weiteren westeuropäischen Ländern rechtspopulistische Parteien herausgebildet, beispielsweise in Österreich. Nach der Finanz- und Bankenkrise 2008/2009 und der Rettung der Banken durch staatliche Gelder begegneten viele Regierungen dem drohenden Zusammenbruch der Wirtschaft mit einer verstärkten Austeritätspolitik, fixierten sich also auf das Sparen. Infolge dieser Politik haben sich in einer Reihe von europäischen Ländern rechtspopulistische Parteien mit verstärkter politischer Wirksamkeit herausgebildet, von der AfD in Deutschland über die Parteien Chega in Portugal und Vox in Spanien bis hin zum gewachsenen Einfluss der Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen in Frankreich und einer Regierungsmehrheit von Meloni, Berlusconi und Salvini in Italien. Die Verbindung eines austeritär-neoliberalen Kräftefelds mit einem wachsenden Block von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien findet also innerhalb unseres eigenen, als «demokratisch» bezeichneten Wertesystems statt. Schauen wir nach Ungarn oder Polen: Dort ist der Rückbau von Säulen der Demokratie innerhalb der demokratischen Systeme zu beobachten. Über Europa hinaus gibt es autoritäre Entwicklungen, für die Trump, der glücklicherweise jetzt abgewählte Bolsonaro und natürlich auch Putin stehen. Wenn die neuesten Entwicklungen nach dem Parteitag der chinesischen KP einbezogen werden, dann ist festzuhalten: Es entwickelt sich eine neue Qualität von Autoritarismus, der nicht so sehr in Bezug auf ökonomische Fragen, jedoch mit Blick auf die Gestaltung politischer Systeme vor allem den demokratisch verfassten Systemen in einer vermeintlichen Polarisierung gegenübersteht.

NW Nochmals zurückgefragt: Was halten Sie von einer solchen Polarisierung?

CH Sie hat ihre Vorgeschichte, die viel älter ist, als sie der Krieg Russlands deutlich werden lässt. Insofern habe ich Probleme damit, wenn die Demokratie unkritisch als ein nicht hinterfragbares gesellschaftliches System beschrieben und die Welt des Demokratischen dem Autoritären gegenübergestellt wird. Gleichzeitig betreibt man unter den Bedingungen dieses Krieges vermehrten Handel mit autoritären Regimen und gerät in neue Abhängigkeiten von jenen, die den eigenen Wertekanon nicht teilen. Diese Widersprüchlichkeit der herrschenden Politik müssen wir viel deutlicher machen.

Bei der Gegenüberstellung «Bist du Freund oder bist du Feind?» werden notwendige Differenzierungen in den Hintergrund gedrängt. Andere grundsätzliche Dimensionen gesellschaftlicher Gestaltung, wie die Auseinandersetzungen um die Klimafrage, werden plötzlich vollkommen zweitrangig. Auch die soziale Frage vor dem Hintergrund wachsender und wohl auf hohem Level bleibender Inflationsraten wird nahezu ausgeblendet. Angesichts des Krieges wird alles auf den Kampf des «Guten» gegen das «Böse» reduziert. Diese Polarisierung ist auch ein Instrument zur Ausblendung von Fragen, die gesellschaftlich bearbeitet werden müssen. Die Linke ist weitgehend geeint in der sozialen Frage.

NW Sprechen Sie jetzt von der Partei «Die Linke» in Deutschland?

CH Ich spreche jetzt nicht nur von unserer Partei, sie hat eine ganze Reihe von unbearbeiteten und auch neuen Problemen. Die Linke im weiten Sinn ist sich im Grunde genommen einig: Jede*r soll Zugang zu den grundlegenden Gütern menschlichen Lebens bekommen: Wohnen, Bildung, Kultur, bezahlbare Energie. Das ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit. Die linken Bewegungen stehen nun aber vor dem Problem, dass vermeintlich im Interesse der Demokratie Abstriche an den sozialen Gütern gemacht werden müssen: frieren für die Demokratie, um es ganz platt auszudrücken. Aber eine Linke kann auf Kosten der sozial Schwachen, der Benachteiligten und jener, die an den Rändern der Gesellschaft stehen, keine Abstriche

zulassen zugunsten eines abstrakten Wertes, der Demokratie. Linke werden hier in ein Dilemma hineingepresst – umso mehr, als sie uneins sind in der Frage der Unterstützung der Ukraine. Unterschiedliche Positionen gibt es zur Nato oder zu den Sanktionen. Die Kraft, die die Linke in der sozialen Frage entfalten könnte, wird gebremst durch ihre Spaltung in anderen politischen Fragen, insbesondere in der Aussen- und Sicherheitspolitik. Damit werden linke Bewegungen eines Teils ihrer Mobilisierungsfähigkeit beraubt. Wie erfolgreich diese Diskurse sind, die ich als «neoliberal» bezeichne, zeigt sich auch darin, dass man pazifistische Positionen als unrealistisch und vergangenheitsbehaftet abqualifiziert. Tatsächlich werden solche Positionen von einer grossen Mehrheit von Linken auch nicht mitgetragen, obwohl viele wollen, dass der Krieg beendet wird. In der Frage der Sanktionen gibt es bis heute aus Solidarität mit den ukrainischen Menschen eine grosse Unterstützung in der Bevölkerung. Wie aber sollten wir mit dem angeblichen Widerspruch zwischen der sozialen Frage und der Frage der Verteidigung der Demokratie umgehen? Da stehen wir vor einem Dilemma, das zu bearbeiten kaum gelingt.

MW Welche Prozesse wären jetzt notwendig, um Linke zusammenzubringen?

CH Wenn beispielsweise die Linken in den baltischen Ländern Angst haben, die Nächsten zu sein, die von Putins Krieg und durch mögliche weitere Überfälle direkt betroffen sind, dann müssen wir das ernst nehmen, unabhängig von unserer eigenen Beurteilung. Dass auch die Linken in den an Russland grenzenden europäischen Ländern gegenwärtig die Nato als kollektive Schutzmacht betrachten, müssen wir bei der Entwicklung unserer eigenen Politik berücksichtigen. Wir kommen aus dem Dilemma nicht heraus, aber wir sollten diskutieren, auf welchen Feldern der Friedenspolitik zum Beispiel bei Schritten der Abrüstung – vor allem der nuklearen Abrüstung – es sehr wohl ein Zusammengehen geben kann. Ich finde es wichtig, dass in der Friedensbewegung und in verschiedenen Initiativen nicht nur die Frage der Waffenlieferungen oder der Sanktionen thematisiert wird, sondern auch die Frage, wie jenseits davon grundsätzlich Druck für kriegsbeendende Massnahmen aufgebaut werden könnte. Es macht in jedem Falle Sinn, die Idee der nuklearen Abrüstung, der nuklearwaffenfreien Zonen, des Verzichts auf den Erstschlag verstärkt ins Zentrum zu rücken. Das sind Fragen, bei denen man gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich haben und von denen man dann auch weitergehende Fragen formulieren kann.

MW Sie haben die Perspektive der Linken etwa in den baltischen Staaten einbezogen. Veranschaulicht das nicht ein zentrales Problem der Linken in den westeuropäischen Ländern, nämlich dass diese anderen Perspektiven – auch ukrainische, russische – in den letzten Jahren kaum in unserem Blickfeld waren? Müsste die Linke da nicht selbstkritischer sein?

CH Einverstanden. Die westeuropäische Linke war über viele Jahre nahezu blind gegenüber den Entwicklungen in den mittelosteuropäischen Ländern, sie hat deren Bedeutung völlig unterschätzt, auch im Blick auf die europäische Dimension und als Raum der Linken. Das hängt auch damit zusammen, dass linke Bewegungen in diesen Ländern schwach und so gut wie gar nicht parlamentarisch vertreten sind. Jetzt gibt es einige kleine Pflänzchen, neue Parteien und Bündnisse, in Polen, in Slowenien oder in Kroatien. Ich komme aus der DDR und habe das Scheitern des Sozialismus in diesen Staaten als biografischen Bruch erlebt. Das Problem linker westeuropäischer Bewegungen ist oft, dass sie die Erfahrung des Scheiterns des Sozialismus nicht auch als eigenes Scheitern verstanden haben und schon gar nicht die Notwendigkeit sahen, zu analysieren, warum dieser Versuch des Aufbaus von Sozialismus scheitern musste. Diese Dimension des Scheiterns ist bei den mittelosteuropäischen Ländern deponiert worden: Die hatten sich mit ihrem Scheitern allein auseinanderzusetzen. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn man das Ende des «realexistierenden Sozialismus» als gemeinsame Herausforderung selbstkritisch in die eigenen Debatten mit eingebracht hätte. Es geht nicht nur um Vergangenheit, es geht auch um die Möglichkeit, Regulationsweisen, die vielleicht sinnvoll waren, wieder neu zu denken vor dem Hintergrund jetziger Umbrüche. Wenn man einen entfesselten Kapitalismus neu einbinden will, sollte man schauen, welche Formen von kollektivem Eigentum damals möglicherweise auch für künftige Debatten einer alternativen Gestaltung von Gesellschaften lehrreich und notwendig sind.

MW Muss Solidarität mit bestimmten Bevölkerungen in bestimmten historischen Situationen nicht über das hinausgehen, was Sie schildern? Sie sprechen von der Solidarität mit anderen linken Bewegungen. Ist es nicht ein grundsätzliches Problem

linker Politik, dass sie sich nicht mehr für Menschen in einer bestimmten Situation interessiert, wenn ihr daraus keine linke Artikulation entgegenkommt? Nehmen wir den Syrienkrieg: Linke Bewegungen haben sich kaum mehr für Menschenrechte, für die Beendigung des Krieges, für ein würdiges Leben für alle eingesetzt, sondern hielten sich aus Ratlosigkeit und Unwissen vom Konflikt fern.

CH Internationalismus und Solidarität gehören zur DNA der Linken. Aber das muss natürlich konkret werden. Die Solidaritätsinitiativen zu lateinamerikanischen Ländern wie Nicaragua oder Kuba hatten eine gewisse Tradition und waren immer auch mit gesellschaftlichen Aufbrüchen verbunden. Wo die Aufbrüche sich verlieren oder nachlassen, springt die Linke zum nächsten Event. Man verlässt das sowieso verlorene Terrain und interessiert sich nicht mehr für die, die verloren gehen, sondern schaut lieber dorthin, wo man wieder neuen Enthusiasmus auftanken kann. Die Linke freut sich jetzt darüber, dass der linke Lula da Silva Präsident Brasiliens wurde. Gerade vor dem Hintergrund der eigenen Schwäche kann man aus solchen Aufbrüchen Hoffnung kreieren. Das ist menschlich nachvollziehbar. Es muss aber immer zumindest Teile der Linken geben, die die Reflexionsfähigkeit behalten und auch das Scheitern, die Nicht-Erfolge analysieren und produktiv werden lassen. Beispielsweise jetzt in Chile: Der Erfolg bestand zunächst in einem progressiven Verfassungsentwurf. 60 Prozent der Bevölkerung in Chile, und das muss man schon ernst nehmen, waren nicht daran interessiert, eine so progressive Verfassung zu unterstützen. Wie ist das möglich? Warum hat die Linke nicht ausreichend jene Positionen mit einbezogen, die bestimmte Entwicklungen vielleicht noch nicht nachvollziehen konnten? Wie kann sie also gesellschaftliche Rückbindungen der eigenen Konzepte mitdenken und Räume beschreiben, die einen breiteren Konsens ermöglichen?

MW Weshalb kommt es überhaupt dazu, dass linke Bewegungen nicht stark genug in der eigenen Bevölkerung und deren wirklichen Bedürfnissen verwurzelt sind und deshalb in entscheidenden Momenten keine Mehrheiten finden?

CH Es fehlt uns oft die Fähigkeit, eine überzeugende Geschichte zu erzählen. Eine nachvollziehbare realistische Alternative zu formulieren, die gleichzeitig eine Prise utopischen Überschusses enthält und damit Hoffnung bietet, fällt uns im Moment schwer. In Europa machen wir unsere Politik zunehmend aus den Städten, aus unseren Hochburgen heraus, wo wir ein offenes gesellschaftliches Klima haben, in dem wir uns auskennen. Aber die Städte allein reichen nicht, um Verschiebungen der Gesellschaft nach rechts zu verhindern. Das sahen wir auch beim Brexit oder in Polen und in anderen mittelosteuropäischen Staaten. Die Linken müssen dicht am realen Leben der Leute dran sein, eben auch in den ländlichen Regionen, wo sich zum Teil keine Entwicklungsperspektiven mehr zeigen. In diese Lücken rutschen systematisch rechte Kräfte, für Deutschland lässt sich das nachweisen. In Brasilien und in anderen Ländern kommen zusätzlich die evangelikalen oder rechtskatholischen Kräfte hinzu, die eine ganz starke politische Rolle spielen. Sie haben simple Konzepte. Offensichtlich ist es weniger schwierig, von rechts als von links her eine Geschichte zu erzählen. Die ist einfach, sie ist stigmatisierend und sie kann an bestehende Ängste anknüpfen. Reale Sorgen angesichts von Krieg und Terror, Sorgen vor dem Verlust der eigenen Arbeit, der eigenen Ideen und der sozialen Stellung in der Gesellschaft – all diese Ängste lassen sich mit scheinbar einfachen Antworten benutzen. In diesen rechten Erzählungen erscheinen Kranke, Geflüchtete und alle, die irgendwie fremd sind, als die vermeintlichen Gegner der Gesellschaft. Die Erzählung der Rechten scheint auch verständlicher zu sein als manche Worte, die wir verwenden, um die Welt zu erklären. Der Streit um «Gendergerechtigkeit» ist ein Beispiel dafür.

MW Aber die Sprache der Hoffnung – auch aus dem kritischen jüdisch-christlichen Kontext heraus – ist Sprache auf ein bestimmtes Ziel hin: sich nicht von der Angst regieren zu lassen, Befreiungen, Veränderungen zu erwirken. Das setzt voraus, dass ich eine Vorstellung habe, was jenseits dieser Angst sein könnte. Warum gelingt es nicht, diese politischen und vielleicht auch religiösen Hoffnungspotenziale ins Spiel zu bringen?

CH Das ist für mich eine sehr schwierige Frage. Es ist die Frage nach meiner eigenen Hoffnung und Fähigkeit, Zukunft zu denken. Jetzt muss ich die wundervolle Sprache von *Laudato si'* und *Fratelli tutti*, den Enzykliken von Papst Franziskus, erwähnen: Sie sprechen von Geschwisterlichkeit, von Gemeinschaft. Es geht darum, Gemeinschaft neu zu denken und

Ich erfahre die grösste Hoffnung in Kontexten, wo das ruhige politische Gespräch möglich ist

Gemeinschaft zu bilden, die erfahrbar ist. Das beginnt in der Gemeinde. Die Linke muss wieder vor Ort ankommen, dort, wo sie Räume erfahrbarer Gemeinschaftlichkeit bereitstellen kann. Dazu muss sie auch für neue Allianzen offen sein, um die Pluralität und Diversität solcher Räume zu ermöglichen. Diese Räume des Gemeinschaftlichen, des Solidarischen, im Alltag verwurzelt, müssten im Winter, wenn es verdammt kalt ist und die Heizung sich aus finanziellen Gründen nicht hochdrehen lässt, zur Verfügung stehen, nicht nur als leere Räume, sondern als Gemeinschaftsräume, wo Unterschiedliches möglich ist.

Corona hat gezeigt, dass auch Kultur plötzlich wieder eine Rolle spielt – etwa bei den Konzerten, die von Balkonen herab gespielt wurden. Die Räume des Gemeinschaftlichen müssen wir mit Kultur zusammendenken, mit Möglichkeiten des gemeinsamen Singens, des gemeinsamen Essens. Aus einer solchen Gemeinschaft heraus kann die Erfahrung, dass es solidarisch, dass es konkret anders geht, wieder neue Hoffnung produzieren.

MW **Und das hat dann etwas mit Sozialismus zu tun?**

CH Neue Bücher versuchen das so zu fassen, etwa *Die Utopie des Sozialismus* von Klaus Dörre. Für die meisten Menschen ist der Begriff «Sozialismus» zu abstrakt. Wir müssen deutlich machen, was das für die Einzelne, den Einzelnen konkret bedeuten könnte – der selbstbestimmte Mensch in sozialer Sicherheit und Solidarität. Solche Begrifflichkeiten müssen wir in konkrete Ideen bringen, in erfahrbare Räume, wo man gemeinsam handelt, gemeinsam überlegt, was die nächsten Schritte sind, lokal, aber mit Blick auf die globale Ebene. Im Moment, in Zeiten, die eigentlich unerträglich sind, erfahre ich die grösste Hoffnung in Kontexten, wo das ruhige politische Gespräch möglich ist, das Zusammensein mit Freund*innen – nicht da, wo man versucht, sich argumentativ zu übertrumpfen. In diesen eher stilleren Momenten spüre ich viel mehr Nachdenken.

MW **Sie haben am Anfang des Gesprächs aufgezeigt, wie die Veränderung globaler Verhältnisse am Ukrainekrieg zum Ausdruck kommt, ganz zuvorderst die Transformation vom fossilen, auf Kohle, Erdöl und Erdgas basierenden, zum postfossilen Zeitalter. Was passiert da ganz genau?**

Und wie können linke Bewegungen in diesem Prozess etwas bewegen?

CH An dieser Stelle müssen wir über die globalen Ungleichheiten sprechen, über unterschiedliche Produktionsweisen in den unterschiedlichen Regionen der Welt. Wir sprechen von post- und neokolonialen Entwicklungen. Wir diskutieren unterschiedliche Möglichkeiten des Übergangs vom fossilen Kapitalismus zum postfossilen Kapitalismus. Es gibt die Möglichkeit, diesen Weg auf reaktionäre Weise zu klären, mithilfe der autoritären Regimes. Es gibt die Möglichkeit, einen grünen Kapitalismus zu entwickeln, indem man vor allem auf technologiebasierte Veränderungen und Allianzen fokussiert, die sozialen Fragen aber weitgehend aussen vor lässt. Und es gibt die Möglichkeit der sozialökologischen Transformation, im Moment ohne die Kraft, ernsthaft intervenieren zu können. Gekämpft wird derzeit um diesen Übergang. Wir wachsen gerade aus dem Dazwischen raus – das Alte stirbt, das Neue ist noch nicht geboren. Der Ukrainekrieg blockiert jetzt gerade in Deutschland die Grünen komplett, die eigentlich Teil einer breiteren Allianz für sozialökologische Transformation wären. Sie beharren auf ihrer wertebasierten Aussenpolitik, tun aber genau das, was einer sozialökologischen Transformation widerspricht: die Wiederaufnahme der Kohleförderung und den damit verbundenen Abbau von Windrädern wie in der Gegend um Lützerath. Die Förderung fossiler Energie wird ausgedehnt, etwa in den USA mit der Fracking-Technologie. Die Produktion von Kohlenwasserstoff, etwa in Afrika, als Alternative zu fossiler Energie führt auf der globalen Ebene zu einer neokolonialen Entwicklung. Ich weiss im Moment nicht, wie diese Blockade aufgebrochen werden kann. Vielleicht ist dies auf europäischer Ebene einfacher. Wir arbeiten dort für die sozialökologische Transformation mit den Grünen zusammen, mit sozialen Bewegungen, mit den Gewerkschaften. Ich beobachte auf europäischer Ebene eine Öffnung nach links, auch bei sozialdemokratischen Parteien, weil niemand in der Lage ist, diese Fragen eigenständig beantworten zu können. Es gibt eine Suche nach breiteren Allianzen. Brückenbauer dafür können die sozialen Bewegungen sein, auch die Kirchen.

MW **An diesem Punkt noch eine Nachfrage zum Stichwort «inklusive Allianzen». Als es um die Sprache der Hoffnung ging, erwähnten Sie auch die Auseinandersetzung um Gendergerechtigkeit eher kritisch. Wie kann eine Bewegung, die Menschen in ihrer ganzen Vielfalt – Sie nannten insbesondere auch Menschen auf dem Land – ernst nimmt und einbezieht, als breite transformatorische, revolutionäre Bewegung auch das Potenzial von Frauenstreiks, LGBTQ-Bewegungen aufnehmen, welches in den letzten Jahren und Jahrzehnten ganz offensichtlich entstanden ist und mancherorts, gerade in Lateinamerika oder jetzt im Iran, auch eine treibende Kraft darstellt gegen autoritäre Regimes, gegen Machtballung, gegen Gewalt? Wie können wir vermeiden, dass falsche Gegensätze zwischen scheinbar stärker universal und stärker identitär ausgerichteten Kräften konstruiert werden?**

CH Die Linke scheint sehr schnell in der Lage zu sein, sich zu spalten. Alle Themen, die sie politisch bearbeitet, eignen sich, um Spaltungstendenzen zu bedienen, unter anderem auch die Benutzung der Sprache. Wenn nur diejenigen tatsächlich als Linke verstanden werden, die in der uns genehmen gendergerechten Sprache sprechen, entstehen Momente der Ausgrenzung. Es braucht einen sensiblen Umgang damit, dass das Teilen der eigenen Sprache nicht notwendigerweise Grundbedingung dafür ist, ob ich für jemanden oder mit denjenigen, die am Rand der Gesellschaft stehen, Politik gestalten will. Ich wünsche mir eine Linke, die nicht avantgardistisch ausgrenzt, sondern sich immer wieder auch selbst hinterfragt. Ideen sollen entwickelbar bleiben. Es braucht Räume des gemeinsamen Nachdenkens mit anderen, wo auch etwas, das noch nicht bis zu Ende gedacht ist, ausgesprochen werden kann, ohne dass gleich der oder die Nächste in die Kerbe haut und sagt: Das war aber jetzt noch nicht links. ●

○ Cornelia Hildebrandt, *1962, ist Referentin für Parteien und soziale Bewegungen sowie für weltanschaulichen Dialog am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Sie ist Co-Präsidentin von transform! Europe, der unabhängigen Stiftung der Europäischen Linkspartei (EL).